

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feststunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugpreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatlich RM. 1.50 einschließlich 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatlich RM. 1.40 einschließlich 18 Pfg. Postgebühren, 33 bzw. 36 Pfg. Bestellgebühren, 10 Pfg. Schriftsatz, Druck und Verlag: G. W. Zaiser (Jah. H. Zaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 Spalte 2000-3000 Zeilen oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Kellereizeile 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Zuschlag - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Anträge und Offerten-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Telegr. Adresse: Gesellschaftler Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postk. No. Stuttgart 6113

Nr. 259

Gegründet 1827

Freitag, den 4. November 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

Tagespiegel

Reichskanzler v. Papen spricht am Freitag, 4. November, von 8-8.15 Uhr abends im Rundfunk zur Lage.

Reichskanzler v. Papen hat nach Stuttgart und Karlsruhe auch einen Besuch bei der hessischen Regierung in Darmstadt am 20. November angelegt.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht 12 Ernennungen von Gesandten und anderen Beamten des Auswärtigen Amtes durch den Reichspräsidenten.

Die sächsische Regierung ist wegen der am 13. November stattfindenden sächsischen Gemeindevahlen beim Reichsministerium in dem Sinn vorstellig geworden, daß bezüglich des Versammlungsverbot vom 6. bis 19. November für Sachsen eine Ausnahme für die Zeit vom 6. bis 13. November bewilligt werde.

Das Marinekriegsgericht hat den Kommandanten der „Mlobe“ Kapitänleutnant Ruhfuß freigesprochen.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags sprach sich im Streit Reich - Preußen für den Standpunkt des Kabinetts Braun aus. Der Landtag, der vom 14. bis 19. November versammelt sein wird, solle baldigst für Schaffung einer verfassungsmäßigen Staatsregierung sorgen, damit das Reichsministerium aufhöre.

In den Schlichtungsverhandlungen der BVG. erklärte der Gesellschaftsvertreter, der Fehlbetrag der BVG. betrage 8-9 Millionen Mark, die Verlängerung des Mantelartikels um ein Jahr sei daher unannehmbar.

Die Strafkammer in Berlin verurteilte wegen Münzverbrechen die aus Russland stammenden internationalen Geldfälscher Mononoff zu drei Jahren, Klasseffedoff zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, Uralski-Udinoff zu 9 Monaten und Landau zu einem Jahr Gefängnis.

Vor dem Sondergericht in Schwidnitz (Schlesien) begann am Donnerstag der Prozeß gegen acht SA- und SS-Leute wegen der Sprengstoffanschläge in Reichenbach u. Nimpfisch im August dieses Jahres.

Die Pariser Presse ist sehr ungehalten über den Mißerfolg der Reise Herriots nach Madrid und sie wirft dem französischen Volschaffler in Madrid vor, daß er den wichtigen Besuch nicht genügend vorbereitet und die spanische Bevölkerung dafür gewonnen habe. Der Mißerfolg sei durch Umtriebe Deutschlands herbeigeführt worden. - Die italienische Presse drückt sich über das Ergebnis der Madrider Reise Herriots sehr befriedigt aus. Das spanische Volk, so schreibt der halbamtliche „Evore“, habe die französischen Freimaurerpläne zunichte gemacht.

Neue Nachrichten

Die Aussprache im Reichsrat

Berlin, 3. Nov. Am großen Reichsratsitzungsaal trat heute vormittag der Reichsratsausschuß für Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen zusammen. Den Vorsitz übernahm Reichsminister Frh. v. Gahl selbst, der in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Zweigert, des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner und anderer Beamter seines Ministeriums erschienen war. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren Brecht und Badt anwesend. Außer den Ländern, die durch ihre Hauptbevollmächtigten vertreten waren, waren auch die preussischen Provinzvertreter vollständig erschienen. Es handelt sich um eine Sitzung, die als Erfolg für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der preussischen Regierung zwischen beiden vereinbart worden ist, damit eine vertrauliche Aussprache über die Streitpunkte stattfinden kann. Die Sitzung dauerte etwa eine Stunde. Man einigte sich, Ende nächster Woche eine neue Sitzung abzuhalten, in der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen. Im Anschluß an die heutige Sitzung fand eine streng vertrauliche Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt. Auch diese Besprechung war von kurzer Dauer.

Es wird erklärt, eine Entscheidung der Verfassungsstreitfragen werde erst erfolgen können, wenn das Ergebnis der Reichstagswahlen vorliegt. Deshalb ist auch die nächste Sitzung des Verfassungsausschusses auf das Ende der nächsten Woche gelegt worden. Im Kreise der Reichsregierung erwartet man, wie W. J. hört, daß die Mitglieder des Reichsrats selbst die Lage schon wesentlich ruhiger beurteilen werden, wenn am Dienstag der nächsten Woche die Ausspracheverhandlungen über die Rundfunkstellen zu allgemeiner Zufriedenheit abgeschlossen sein würden. In der neuen Sitzung des Verfassungsausschusses Ende der nächsten Woche werden im wesentlichen nur die schwebenden Streitfragen behandelt werden können, denn ein Entwurf des Reichsinnenministeriums für die Verfassungsreform dürfte bis dahin noch nicht vorliegen.

Öffentliche politische Versammlungen vom 6. - 19. November verboten

Berlin, 3. Nov. Der Herr Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltag in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, bis 19. November einschließlich erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Kundgebungsverbot hinzutritt. Zweck dieses Verbots ist, daß nach Abschluß des Wahlkampfes eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen stärkeren politischen Erregung eintritt und daß den Polizeibeamten, an deren Dienst die letzten Wochen erhöhte Ansprüche gestellt wurden, eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt wird.

Zur Aufhebung des Wohlfahrtsministeriums

Berlin, 3. Nov. Die Presse veröffentlicht Angaben über die Gründe, die den Reichskommissar veranlaßt haben sollen, das preussische Wohlfahrtsministerium aufzuheben. Es handelt sich um Verwendung von Staatsgeldern, die auf unweigen zu unredlichen Zwecken ausgegeben wurden. So soll u. a. der Verein „Reichszentrale Landauskunft für Stadtfürher Berlin“ mit erheblichen Summen aus dem Ministerium finanziert worden sein. Eine ganz überflüssige Zeitschrift „Gesunde Jugend“ sei gegründet und finanziert worden, um der Herausgeberin ein hohes Gehalt zu zahlen und dem Verlag sei durch den festen Bezug von 8000 Exemplaren seitens des Ministeriums jedes finanzielle Risiko des Vereins abgenommen worden. Ein hoher Beamter des Ministeriums hat in drei Jahren Befähigungsreisen unternommen, die rund 25 000 Mark Reisekosten erforderten. Eine Stellungnahme der amtlichen preussischen Stellen soll bevorstehen.

Die Sitzungen des Reichskabinetts

Berlin, 3. Nov. Amtlich. Die Reichsregierung besetzte sich in ihren Kabinettsitzungen am 2. und 3. November mit Landwirtschaftsfragen. Sie ist der Auffassung, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden

muß. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaus erforderlich, sondern auch um einen Zusammenbruch der Osthilfeaktion, die Gefährdung der bisher für den Osten aufgewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebiets zu verhindern. Die Reichsregierung hat daher die hierzu erforderlichen Maßnahmen beschlossen.

Die Reichsregierung hält es für ebenso dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungesunde Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden. Sie hat demgemäß der Kontingentierung der Buttereinfuhr auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abrede ihre Zustimmung erteilt. Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft verhandelt hat. Die Reichsregierung veranlaßt, daß das besonders reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, unzerstückelt gesichtet und bearbeitet wird. Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

Brandgeschloß in SPD-Verammlung geworfen

Wien, 3. Nov. Kurz vor Beginn einer SPD-Rundung in Klein-Flotter wurde am Mittwoch abend durch ein Fenster des Versammlungsorts von unbekanntem Täter ein kugelförmiges Holzgeschloß mit brennendem Teer auf das Podium geschleudert. Das Feuer konnte im Entzünden gelöscht werden.

Zum Rücktritt Joleffs

London, 3. Nov. Der Pariser Berichterstatter der „Morningpost“ glaubt, der Hauptgrund für den Rücktritt Joleffs

Held vor der Presse

München, 3. Nov. Ministerpräsident Dr. Held erklärte gestern vor Pressevertretern in einer fast zweistündigen Rede, die Behauptung, Bayern hinterziehe eine Reichsreform, sei unbegründet, allerdings behauptete es jede Reform, die außerhalb des Rechts „mit Gewalt“ durchgeführt werden sollte. Erst wenn Reichsrat und Reichstag gegen eine als notwendig erkannte Reform sich wenden sollten, wäre es berechtigt, zu untersuchen, ob über die verfassungsmäßigen Bestimmungen hinweggegangen werden könnte. Man habe aber bis jetzt nicht den leisesten Versuch gemacht, die Verfassungsreform an die verfassungsmäßigen Instanzen überhaupt heranzubringen. Wegen die Beteiligung des Quasireichs Preußen-Reich habe sich Bayern nie gestraut, aber dessen Wirkungen werden weit übertrieben. Reichskanzler von Papen habe im August d. J. erklärt, daß er in der Reichsreform nichts unternehmen werde, ohne vorher mit Bayern und den anderen Ländern in Verbindung zu treten. Die gleiche Zusicherung habe Herr v. Gahl bei seiner Ostmarkenfahrt im Bayerischen Wald gegeben. Bayern sei nicht vor den Staatsgerichtshof gegangen, um der preussischen Regierung zu helfen, sondern weil, was heute Preußen gelächte, unter ähnlichen Voraussetzungen auch Bayern gegenüber unternommen werden könnte. Es sei falsch, daß die Reichsregierung Bayern oder ein anderes Land von ihrem Vorhaben unterrichtet habe. Die Maßnahmen selbst seien nicht mehr vorläufige, sondern das Kernstück der Reichsreform. Sie betreffen deshalb Bayern unmittelbar, weil dadurch die preussische Willensbildung zugleich die Willensbildung des Reichs würde. Die Männer, die hinter diesen Plänen stehen, wüßten genau, was sie wollten: die Reichsgewalt als einzige Zentralgewalt einzusetzen und aus den Ländern Mittelinstanzen zu machen, die nichts zu sagen haben. Eine solche Reichsreform sei nicht bundesstaatlich, sondern einheitsstaatlich. Deshalb habe sich Bayern an den Reichspräsidenten gewandt. Es sei fraglich, ob Reichskanzler v. Papen für die Auslegung der Verfassung als zuständig angesehen sei. Unzweifelhaft gegen den Reichskanzler sei er in seiner Stuttgarter Rede nicht gewesen.

Die Antwort der Reichsregierung

Berlin, 3. Nov. Amtlich wird zu der Rede des Ministerpräsidenten Held vor Vertretern der Presse erklärt, die Reichsregierung könne diese Rede nicht als „Sensation“ empfinden. Die Reichsregierung sei mit der bayerischen Regierung darin eins, daß eine Reichsreform nicht durch Maßnahmen auf Grund des Art. 48 der Verfassung oder durch Gewaltanwendung erfolgen soll. Wenn Dr. Held weiter hervorhebt, daß ihm Reichsminister Freiherr von Gahl zugesichert habe, den Entwurf einer Reichsreform vorher zur Stellungnahme zuzuleiten, so deckt sich diese Zusicherung vollkommen mit den schon vorher wiederholt von der Reichsregierung gemachten Erklärungen gegenüber Bayern. Die

Reichsregierung hat diese Zusagen auch völlig eingehalten; denn es sind von der Reichsregierung keinerlei Maßnahmen getroffen worden, durch die die Verfassung angefaßt wird, oder die Struktur des Reichs geändert werden soll. Es kann nur immer wieder betont werden, daß alle Maßnahmen des Reichs in Preußen sich durchaus im Rahmen des Leipziger Urteils halten.

Dr. Held beschwert sich dann weiter, daß er auch über diese Maßnahmen in Preußen „nicht unterrichtet“ worden sei. Demgegenüber ist darauf hingewiesen, daß der bayerische Vertreter in Berlin, Gesandter von Preger, durch den Staatssekretär der Reichskanzlei, Pfand, eingehend über die bevorstehenden Maßnahmen in Preußen unterrichtet worden ist. Gesandter von Preger hat dem Reichskanzler ausdrücklich bezeugt, daß er diesen ihm mitgeteilten Standpunkt der Reichsregierung sehr ausführlich nach München weitergemeldet hat. Wenn Dr. Held dann am Schluß betont, daß die Möglichkeit einer Verständigung durchaus nicht ausgeschlossen ist, so stimmt ihm die Reichsregierung vollkommen zu. Nur ist man in Berlin der Auffassung, daß eine Fortsetzung dieser öffentlichen Auseinandersetzung nicht den geeigneten Weg dafür sei.

Der Wirtschaftsausschuß der DVP. in Bayern gegen Held

München, 3. Nov. Der Wirtschaftsausschuß der Deutschen Volkspartei in Bayern hat aus Anlaß der scharfen Angriffe, die Ministerpräsident Dr. Held in Wahlversammlungen gegen die Reichsregierung richtete, eine Erklärung veröffentlicht, in der u. a. gesagt wird, Dr. Held habe die in seinem Amt als bayerischer Ministerpräsident gebotene Sachlichkeit verlassen und als Parteimann den Kampf gegen das Reichskabinett entfesselt, der weder der Einflußnahme Bayerns auf die bevorstehende Reichsreform, noch den wohlverstandenen Interessen der bayerischen Wirtschaft dienlich sei. Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der begonnenen Aufbauarbeit sei, daß die vom Reichspräsidenten berufene Autoritätsregierung unterstügt werde.

Moldenhauer gegen Held

Hamburg, 3. Nov. In einer öffentlichen Wahlkundgebung der Deutschen Volkspartei in Bergedorf nahm Reichsfinanzminister a. D. Dr. Moldenhauer Stellung zu der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held. Er bedauerte, daß Held nicht vermocht habe, über die engen Grenzen der Politik der Bayerischen Volkspartei hinauszugehen und sich als deutscher Staatsmann zu fühlen. Nachdem der Staatsgerichtshof die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen als in Übereinstimmung mit der Verfassung erklärt habe, sei es unangehörlich, wenn der Ministerpräsident eines deutschen Landes trotzdem diese Handlung der Reichsregierung für „verfassungswidrig“ erkläre.



Bei der Beschluß der polnischen Regierung, den polnisch-russischen Nichtangriffspakt zu bestätigen, ohne den Abschluß der entsprechenden russisch-rumänischen Verhandlungen abzuwarten.

Berkehrsstreit in Berlin

Berlin, 3. Nov. In der städtischen VVB. (Berliner Verkehrs-Gesellschaft) war in letzter Zeit ein Lohnstreik ausgebrochen. Gestern fand nun eine Urabstimmung darüber statt, ob gestreift werden solle. Die Abstimmung hat die notwendige Dreiviertelmehrheit nicht ergeben. Die kommunistische revolutionäre Gewerkschafts-Organisation arbeitet trotzdem für den Streik und erklärte, auch die Nationalsozialisten hätten die Unterstützung am Ausfall zugesagt. Der Streik ist nun doch Tatsache geworden. Die Mannschafswagen, die in der 3. und 4. Morgenstunde das Personal zu den Betriebsbahnhöfen bringen sollten, lehrten fast leer zurück, da sich nur wenige Arbeitswillige eingefunden hatten. An den Betriebsbahnhöfen der VVB. waren noch in der Nacht uniformierte Streikposten der Streikenden aufgestellt worden, die allen Arbeitswilligen den Zutritt verwehrten. Dabei kam es verschiedentlich zu Streitigkeiten. Auch die Polizei hatte Sicherungsmassnahmen getroffen und war in erhöhter Dienstbereitschaft, die Posten wurden verdoppelt, Streifenwagen fahren durch die Straßen und die Betriebsbahnhöfe, die von zahlreichen Streikenden umlagert sind, wurden besetzt.

Tausende von Berlinern warteten in der Morgenfrühe an den Haltestellen vergebens auf ihre gewohnten Verkehrsmittel. Straßenbahn, Untergrundbahn und Autobusse; sie mußten ihre zum Teil sehr weiten Wege zu Fuß machen. Versuche einzelner Arbeitswilliger, den Straßenverkehr notwendig in Gang zu bringen, waren vergeblich; die Streikenden griffen die Wagen an, beschädigten sie, warfen die Scheiben ein und drohten die Wagen umzufahren.

Zwischen der Leitung der VVB. und den Arbeitervertretungen finden heute vormittag erneut Verhandlungen statt. Tarifrückstellungen handelt es sich um einen wilden Streik, da die Dreiviertelmehrheit für den Streik bei der Abstimmung nicht erreicht wurde. Seit dem 30. August herrscht bei der VVB. ein tarifloser Zustand, der dadurch hervorgerufen wurde, daß eine Einigung über die von der Gesellschaft vorgeschlagene Stundenlohnentzug um 2 Pf. nicht erzielt werden konnte. Sollten die Verhandlungen scheitern, so ist anzunehmen, daß der Reichsarbeitsminister mit einem Schlichtungsverfahren eingreift. Die weitere Entwicklung ist um so zweifelhafter, als der Streik — von den Gewerkschaften abgesehen — eine Angelegenheit ausschließlich der Nationalsozialisten und Kommunisten ist, also stark politischen Charakter hat.

Die Verhandlungen zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden Bürgermeister Dr. Elias, dem Vorstand der VVB. und der Gewerkschaften sind ergebnislos verlaufen. Der Vorstand der VVB. hat daraufhin den Schlichtungsausschuß Berlin angerufen. Die Verhandlungen beginnen bereits heute nachmittags. Die VVB. beantragt wie bisher 2 Pfennig Lohnentzug je Stunde, von vier zu vier Wochen auf den 1. jeden Kalendermonats kündbar. Die Fortsetzung der Verhandlungen über den Manteltarif wird in Aussicht gestellt. Die Gewerkschaften verlangen dagegen Verlängerung des bisherigen Tarifs bis zum 28. Februar 1933 und gleichzeitig auch die Verlängerung des Manteltarifs.

Der nationalsozialistische „Angriff“ sagt in einem Aufsatz: „Der Ursprung dieses neuen wirtschaftlichen Kampfes von 20 000 Arbeitnehmern der VVB. ist in jahrelanger sozialdemokratischer Korruptionspolitik und in der Rotverordnung des Herrn von Papen zu suchen. ... Auch dieser neue wirtschaftliche Kampf wird die Nationalsozialisten wie immer in vorderster Front für die Rechte der Arbeitnehmerschaft sehen. Daher werden sämtliche Parteigenossen und Sympathisierenden, sowie alle Betriebszellen aufgefordert, sofort ihre Sympathie mit den Streikenden insofern zu beweisen, daß jeder das an geldlichen Mitteln zur Verfügung stellt, was er trotz Not und Armut noch geben kann. Volksgenossen zeigt, daß ihr Sozialisten der Tat seid!“

Württemberg

Stuttgart, 3. November.

Dienstprüfung für die kath. Volksschullehrer. Auf Grund der am 24. Oktober 1932 und den folgenden Tagen abgehaltenen zweiten Dienstprüfung für kath. Volksschullehrer sind zur Anstellung auf ständigen Lehrstellen 13 Lehrer und acht Lehrerinnen für befähigt erklärt worden.

Stuttgart, 3. Nov. Gestörte Kundgebung. Eine von der Deutschnationalen Volkspartei gesteuert in der Lieberhülle veranstaltete Lutherkundgebung, in der Hofprediger Dr. Vogel-Botsdam sprach, wurde von Nationalsozialisten gestört.

Kleine Anfrage. Abg. Heymann (Soz.) beschwert sich in einer kleinen Anfrage an die Regierung, daß der Lühlinger Kisa (Allg. Studenten-Ausschuß) in einem Aufruf die Kommissionen zur Erfüllung der Wahlpflicht auffordere, dabei gegen Liberalismus und Marxismus Stellung nehme und zum Beitritt zum Bund für Deutsche Kultur auffordere. Das Staatsministerium solle gegen diese Ueberschreitung der Amtsbefugnisse strafend einschreiten.

Aus dem Lande

Leonberg, 3. Nov. Amtsunterschlagung. Der Gehilfe des Bürgermeistersamts, Verwaltungspraktikant G., hat sich an eingezogenen Gebühren vergreifen und zur Verschleierung falsche Buchungen gemacht. Um seine Tat zu sühnen, hat er sich gestern freiwillig dem Gericht gestellt.

Steinheim OÄ. Warbach, 3. Nov. Kainsiat. Im Bezirkskrankenhaus Warbach ist der 28 Jahre alte Gottl. Neubauer seinen Verletzungen erlegen, die ihm bei Streitigkeiten sein Bruder Karl mit der Art am Kopf beigebracht hat. Der aus dem Leben Gehiebene war ein fleißiger, anständiger Mensch, der seine Eltern unterstützte, während der Bruder, der ihm den tödlichen Schlag versetzte, seinen Eltern schon viel Kummer und Sorge verursacht hat und erst Mitte September aus der Strafanstalt entlassen wurde.

Heßligheim OÄ. Besigheim, 3. Nov. Rächlicher Ueberfall. Rächts wurde hier der 58 Jahre alte Rächtsführer Friedrich Schaaf auf einem Dienstgang angefallen, zu Boden geworfen und blutig geschlagen. Als Täter wurde ein in Rundselsheim wohnhafter junger Ehe-

mann ermittelt. Schaaf hatte zuvor die Polizeistunde angefangt und auch dem Täter dabei „abgebitten“.

Neckargartach OÄ. Heilbronn, 3. Nov. Bürger-Feuer abgelehnt. Der Gemeinderat hat die verordnete Bürgerfeuer von 500 v. N. und die Getränkesteuer von 20 v. N. abgelehnt und die Uebernahme der Gemeindeflecken auf den Staat verlangt, da die Gemeinde größtenteils aus Arbeiterfamilien bestehe und die noch vorhandenen Bauern und Handwerker keine weiteren Steuern mehr aufbringen können.

Pfaffingen, 3. Nov. Gehälter und Leistungsfähigkeit. Der Gemeinderat stimmte einstimmig folgender Entschlieung zu: Die Grundlage einer Gemeinschaft ist, daß das Lebensrecht aller Volksgenossen gewahrt werde. Der Gemeinderat Pfaffingen hat deshalb versucht, den arbeitslosen Volksgenossen Arbeit nach Möglichkeit zur Verfügung zu stellen. Wenn die Regierung nun neue Steuern zu erheben fordert, dann wird auch von der Regierung erwartet, daß sie die Gehälter der Beamten der veränderten Leistungsfähigkeit der Gemeinden anpaßt.

Tailfingen OÄ. Balingen, 3. Nov. Tödlicher Verkehrsunfall. Am Dienstag abend wurde ein 19jähriger Radfahrer, der von seiner Arbeitsstätte heimkehrte, von einem hiesigen Personenwagen angefahren. Beim Sturz vom Fahrrad trug er einen Schädelbruch davon, der keine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte. Am Mittwoch morgen ist der Bedauernswerte seinen schweren Verletzungen erlegen.

Göppingen, 3. Nov. Der betrügerische Bauparlamentarier. Das erweiterte Schöffengericht Göppingen verhandelte gegen den 27jährigen verheirateten Agenten Bernhard Heinzmann von Böhmekirch OÄ. Geislingen wegen eines sorgfältigen Betrugs in Lateinbeit mit Privaturlundenfälschung, sowie zwei Verbrechen der öffentlichen Urkundenfälschung und einem Vergehen der Unterschlagung. In 27 Fällen betrug er meist ärmere Leute, die einen Bauparlamentariervertrag mit ihm abschlossen, um rund 8500 Mark. Sein Arbeitsgebiet waren die Oberämter Geislingen, Osmund, Ellwangen, Heidenheim, Neresheim und zum Teil auch Weisheim und Göppingen. In vollem Umfang war er geständig. In Anbetracht dessen, daß der Angeklagte von dem verursachten Schaden einen Teil wieder gutmachte und noch nie verurteilt war, billigte ihm das Gericht mildernde Umstände zu und verurteilte ihn unter Freisprechung von der Anklage der Unterschlagung wegen Betrugs und erschwerter Privat- und öffentlicher Urkundenfälschung zu der Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten und zur Tragung der Kosten des Verfahrens.

50 Pfund Butter gestohlen. In der Nacht zum Mittwoch wurde in die Molkerei Eichenbach eingebrochen. Gestohlen wurden insgesamt 50 Pfund Butter.

Reichenbach OÄ. Göppingen, 3. Nov. Knabe in der Angst aus dem Fenster gesprungen. Gestern nachmittag sprang hier ein elfjähriger Knabe aus Furcht vor der väterlichen Züchtigung vom dritten, etwa 9 Meter hoch gelegenen Stockwerk herunter, ohne dabei den geringsten Schaden zu nehmen. Er fiel in ein Gartenbeet, sprang aber gleich wieder auf und lief davon.

Geislingen a. St., 3. Nov. Glück im Unglück. Wie berichtet, stieß vor einiger Zeit zwischen Amstetten und Urspring ein Personenauto mit einem Lastkraftwagen zusammen, wobei das Personenauto in Trümmer ging. Die Führerin des Autos, eine Tochter des Besitzers der Weinbrandfabrik Asbach in Wiesbaden, hatte bei ihm einen Wanderburschen, einen Schneider aus Weislingen, mitfahren lassen. Die Leiterin brach den Arm, erlitt Brust- und Rippenverletzungen, sowie Schürfungen im Gesicht. Der Wanderbursche erlitt einen Schädelbruch und eine schwere Kieferverletzung. Beide befinden sich noch im hiesigen Bezirkskrankenhaus, doch ist ihr Zustand recht zufriedenstellend. Der Wanderbursche wird auf Kosten des Fabrikanten versorgt und wurde neu gekleidet. Nach seiner vollständigen Genesung erhält er eine Stellung in der Fabrik in Rudsheim.

Ulm, 3. Nov. Fatale Verwechslung. Am Dienstag abend ging ein Ehepaar aus Neu-Ulm zum Einkaufen in ein hiesiges Warenhaus und stellte den Kinderwagen am Eingang neben einen schon dort stehenden Kinderwagen ab. Nach Zurückkunft war das Erdröden groß, denn der fremde Kinderwagen stand nun allein da, vom eigenen Kind kam Wagen keine Spur! Erst wurde nun, wie das Ulmer Tagblatt berichtet, die nächste Umgebung abgesehen, dann die Suche weiter ausgedehnt, auch nach Hause wurde gerannt, doch das Kind blieb verschwunden. Man wollte, bevor die Polizei benachrichtigt wurde, noch einmal vor dem Kaufhaus nachsehen — und siehe da, nun war der andere Wagen verschwunden und der richtige Wagen samt ruhig schlummerndem Kind darin stand wieder da.

Aus Stadt und Land

Ragold, den 4. November 1932.

Was ist Freiheit? Daß man den Willen zur Selbstverantwortung hat.

Vorspielabend

Wir hörten von Studienrat Schmid und Seminarlehrer Hoffmann gespielt, den 1. und 2. Satz der 7. Symphonie von Bruckner auf 2 Klavieren zu vier Händen. Einleitend gab Studienrat Schmid eine kurze Charakteristik der Brucknerschen Symphonik, die gegenüber der seines großen, für unübertrefflich gehaltenen Vorgängers, Beethovens, 2 Fortschritte aufweist: sie hat mehr Größe und Schönheit. Diesen Eindruck von Adel, Größe und Schönheit vermittelte in ausgezeichneter Weise das Vorspiel der beiden langen Sätze, denen zu folgen uns durch eine ihnen jeweils vorangehende Einführung in ihrem Aufbau erleichtert wurde. Reicher Beifall ward den Spielern für den hohen Kunstgenuß zuteil.

Tonfilmtheater

Ab heute und Sonntag (ausgenommen Samstag) läuft das padende Drama „Kobetten“ mit ganz großen Darstellern, wie Albert Bassermann, Trude von Molo, Johannes Kleemann, Friedrich Kayßler u. A. Dazu das interessante übliche Beiprogramm.

Von der Methodistengemeinde

Prediger Pfleger folgt nächste Woche einem Ruf der Methodistengemeinde in Wien zu einer 14tägigen Evangelisations-Vortragsreihe. Am 12. November, dem österreichischen Nationalfeiertag wird er bei dem methodistischen Jugendumg, zu dem die Jugendmannschaften der Methodistengemeinde aus ganze Oesterreich zusammenkommen, die Festrede halten. Während seiner Abwesenheit werden die Herren Dorn-Herrenberg und Bähner-Ragold, die Gottesdienste wahrnehmen.

Wahlkundgebung der NSDAP.

Aus Parteikreisen wird uns geschrieben:

Hg. Riehn aus Troßingen, M. d. N. sprach im Löwenaal über Währung und Wirtschaft heute und morgen. Von der Volksgemeinschaft ausgehend, wie er sie vor Jahren bei einer Sonnenfeier der hiesigen Ortsgruppe verwirklicht fand, wie sie über allem Tagesstreit hinweg Hitlers unverrückbares Hochziel ist, schweifte er in fast dreistündigem Vortrag die Zuhörer zu einer Bildungs-, Arbeits- und Volksgemeinschaft zusammen, indem er sie für die gewöhnlich trockenen Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspragen interessierte, in sie einführte und ihren Willen zur Hingabe an die Wege, die der Nationalsozialismus hier weist, spannte. Einleitend geisterte er das Verhalten der Deutschnationalen, die ernten wollen, wo Hitler gesät und das Volk, die Untertanen mit dem Untertanenverstand wie vor dem Krieg mit der Regierungskünsten beglücken. Von ihnen gestellt, hatten wir die schlechtesten Diplomaten. Sie schlugen das Bündnis mit England aus, nachdem wir uns von Rußland getrennt, und vollendeten so unsere Isolierung. Innenpolitisch „machten“ sie mit dem Dreiklassenwahlrecht wie jetzt mit politischer Erblichkeit, Verfallungsbruch, Bajonetten und Rundsunkreden, deren Beites geistiger Diebstahl nat.-soz. Gedankenguts ist. In ironischer Weise malte der Redner aus, was einst die Geschichte Papens und der verschiedenen Nachkriegsanstler sein wird: „Versunken und vergessen, das ist der Weg der betrogenen Volkes Fluch“. Hitler aber wird bestehen als der beste, größte Deutsche, den uns die Vorsehung in dieser Notzeit schenkte, als der Mann mit dem reinen Willen, dem tiefen politischen Instinkt und der großen Tat, wie mit General Vismann Millionen von ihm belassen und für ihn zeugen. — Dabei ist der so autoritär auftretende Papen bei aller Berufung auf die „göttliche Ordnung“, die wohl der Herrenklub zu fabrizieren meint, ein Judenwecht. Sein ihm von Goldschmied eingelassenes Wirtschaftsprogramm führt bei seiner Vermittlung zu Verelendung und Zusammenbruch der Wirtschaft, wie jeder weitere Tag deutlicher zeigt. Von den Steuergütern haben die Katolischen nichts; aber die Börsen- und Geldjuden werden bis 1934 40-50 Prozent daran „verdienen“ haben. Durch das 700 Millionengehende Papens an die Unternehmer wird wohl, wenn es gut geht, 25 Prozent mehr produziert, aber die Kaufkraft des Volksganges um seine Art gestiegen, beim Einzelnen verringert. Ueberproduktion haben wir jetzt schon. Es ist ein geradezu toter, irreführender Plan und die Mehrzahl der preußischen Gemeinden stehen vor dem Zusammenbruch, wie Gans mit einem Hilfschrei dem Kanzler mitteilt. — Dieser Papenschen Naturbelug der Wirtschaft durch gefährliche Experimente und Rundsunkreden stellt der Redner das wohl durchdachte Arbeitsbeschaffungsprogramm der NSDAP gegenüber. Da wird nicht in Pumpenwirtschaft weitergerudelt; aber unätig gejammert, das Geld schle. Wir befreien uns von der Goldwährung, von der internationalen Hoffmann, die uns durch 80 Milliarden Leihgeld in Finanznotschiff brachte; wir schaffen eine neue Währung, die durch den deutschen Grund und Boden, seine Güter und Schaffenden gedeckt ist, wie es die Rentenmark war, das damals sichere Geld, bis die Juden die mit ihm keine Geschäfte machen konnten, es durch die ihnen gefügige Reichsmark mit Goldwährung, verdrängten. Deneu, die da mit Inflation projektieren wollen, sei gesagt, daß wir nicht einfach 108 Druckpressen laufen lassen, wie der Jude Hilsberding, sondern für jedes auszugebende Geld fortschreitend Werte schaffen, die als Deckung da sind. Von der Reichsbank an machen wir alle Banken wieder deutsch, unterstellen sie dem Staat. An Beispielen wies der Redner nach, wie wir auf Grund dieser Währung sofort Arbeiten in Angriff nehmen, das Arbeitslosentum mindern und uns in organischem Wachstum vom Ausland im Wichtigsten unabhängig machen, bis wir als freies Volk aus freiem Grund und Boden stehen. Das geschah alles so anschaulich und klar, daß sich nur noch böser Wille oder die Unfähigkeit zum Denken der Wichtigkeit dieser Lösung verhalten kann. Der inständigste Wunsch der Nazis, „ohne Hitler kein Papen“ stellte er die Tatsache gegenüber, daß Hindenburg Papen ernannte und Hindenburg von der NSD. als das kleinere „Uebel“ mitgewählt wurde, sonst wäre Hitler heute Reichspräsident. Weiter erbat er der Redner die Arbeitspflicht der NSDAP, ihre Stellung zur Frau, zu Volksgenossen jeder Art, zu Beamtenum u. Staatsverwaltung. Alles wäpft organisch aus einer einheitlichen Auffassung des Lebens, aus Tat und Opferwillen hervor, ist nicht politisches Gemache mit begrifflichen Konstruktionen, überlebten Rezepten, ohne Grund im wirklichen Volk.

Und weil Deutschland leben wird, wird es nationalsozialistisch werden und sein. Heil Hitler.

Unsere Feiertunden

Der Roman „Der Heimkehrer“ ist glücklich zu Ende gegangen — „Sie haben sich getraut“ — für die Leserinnen immer eine befriedigende Lösung. Der neue Roman „D bedent das End“ handelt in einem ganz anderen Milieu, hat aber den gleichen Gegenstand zum Thema: Liebe. — „Katteen“, die große Mode. Während man vor dem Kriege lediglich da und dort an Beranden und Küchenfenstern ein „Kattusod“ großen Ausmaßes zu sehen bekam, sind heute die Miniaturkatten, deren es etwa 1500 Arten gibt, eine Herde fast aller Haushaltungen. — Auf dem Tempelhofer Felde startete die Rakete des Donabrücker Konstruktors Tilling. — Die Stadt, Straßenbahn in Frankfurt a. Main hat eine originale Kundenwerbung eingeführt. Jeder einmillionste Fahrgast erhält M. 10.— Da wöchentlich ca. 2 Millionen Fahrgäste zu verzeichnen sind, kommt diese Prämie in genanntem Zeitraum zweimal zur Auszahlung. (Ob man diese Methode auf dem Altensteiger Bähnle nicht auch einführen könnte, die Ziffer der Reisenden natürlich ganz bedeutend nach unten abgerundet!) Drei Bilder zeigen uns Köpfe von Rännern internationalen Rufes: Moriz Dornier, der Bruder des Flugzeugkonstruktors, der dieser Tage in München gestorben ist, ferner den Generalsekretär des Völkerbundes Avenol und Helmer Kötting, den Völkerbundskommissar in Danzig. — Die letzte Seite enthält eine Landschaftsaufnahme „Weiden im Herbst“, Schach, Humor, Rätsel und Bezierbild.

Mödingen, 3. Nov. Abschied. Am letzten Dienstag verließ uns unser Ortsgeistlicher, Pfarrer Combe, nach fast 25-jähriger Tätigkeit in der Gemeinde Mödingen, um nach Herrenberg überzusiedeln. Im Januar 1908 zog er von Breitenberg herüber, erlebte hier die furchtbare Zeit des Weltkrieges, die auch auf seine Schultern viel Last legte, und die schlimmen Nachkriegsjahre. Von des Amtes Bürde müde geworden, gab er um seine Zurückbelegung ein. Seinem schlichten Sinn entsprechend wurde von einer öffentlichen Abschiedsfeier abgesehen. Am vorletzten Sonntag schon sprachen die Mitglieder des Kirchengemeinderats, der Ortsvorsteher und der Schulvorstand im Pfarrhaus vor, brachten den besten Dank der Kirchengemeinde und der örtlichen Behörden und Amtsstellen zum Ausdruck und wünschten einen schönen Feiertag. Vom Kirchengemeinderat wurde dem scheidenden Geistlichen ein schönes Bild, gemalt von Kunstmaler Kühnle-Kuppinger, überreicht, dazu noch eine Photographie des Pfarrhauses. Gerührt dankte Pfarrer Combe für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen und sprach seinerseits den Wunsch aus, man möge ihm ein gutes Andenken bewahren. Am letzten Sonntag hielt Pfarrer Combe seine Abschiedspredigt über Ap. Gesch. 20 Vers 17-38. Daran schloß sich eine einfache Abschiedsfeier in der Kinderkirche an, bei der auch der Jungfrauenverein mitwirkte. Am Abend brachten der Posaunenchor des örtlichen Jungmännervereins und die Schüler der Oberklasse mit ihrem Lehrer im Pfarrhaus ein Ständchen dar; ein

freundlicher Dank wurde den Sängern und Spielern zuteil. Die besten Wünsche der ganzen Gemeinde begleiteten am Dienstag den Scheidenden Pfarrer und seine Familie. Möge ihm ein ruhiger Lebensabend beschieden sein! — Die hiesige Pfarrstelle ist nun zunächst verwaist; Geistliche aus der Nachbarschaft werden in den nächsten Wochen den Dienst hier zu versehen haben.

Neubulach O. A. Calw, 3. Nov. 40 Jahre im Dienst. Am 1. November konnte Postagent Friedrich Blach auf eine 40jährige Dienstzeit zurückblicken. Aus diesem Anlaß war Postamtmannt Kramer aus Calw persönlich in Neubulach erschienen, um dem Jubililar in Anwesenheit des Gemeindevorstandes und sonstiger Gäste mit Worten des Dankes und der Anerkennung eine Ehrenurkunde des Reichspräsidenten von Hindenburg zu überreichen. Bürgermeister Müller beglückwünschte und dankte dem Jubililar namens der Gemeinde.

Zweerenberg, 3. Nov. Bauernversammlung. Die Ortsgruppe der Nationalsozialisten veranstaltete am Dienstag eine Bauernversammlung, in der Falsholzbauer Kager von Nagold, der noch die schmutze Tracht des alten bodentüchtigen Bauernstandes trägt, vor zahlreichen Zuhörern über das Thema sprach: „Warum kommt der Bauer zu Adolf Hitler?“ Der Redner führte aus, der Bauer sei der geborene Nationalsozialist, er sei national und sozial. Aber viele Bauern würden Anstoß nehmen, daß die Nationalsozialisten sich eine Arbeiterpartei heißen würden, und doch arbeite wohl kein Stand mehr als der Bauer. Adolf Hitler habe die Volksgemeinschaft geschaffen, in der alle Stände sich brüderlich die Hand gereicht hätten. Weider sei aber auch in gewissen Kreisen der Bauern noch Egoismus und Stolz zu treffen. Das entspreche aber nicht der göttlichen Schöpfungsordnung. Denn Gott habe den Menschen ihm zum Wilde geschaffen. Man müsse endlich aufhören mit den Vorurteilen gegenüber anderen Ständen. Die heutige Not sollte das Volk zur Volksgemeinschaft zusammenführen. Im weiteren Verlauf kam der Redner darauf zu sprechen, wie das deutsche Volk in diese Not hineingekommen sei. Bei der Revolution hätten die Volksbeauftragten vom Berliner Schloß heruntergerufen: „Wir führen Euch herrlichen Zeiten entgegen. Wir bringen Euch das Paradies auf Erden!“ Wenn der Nationalsozialismus die Macht ergreife, dann komme ein anderes Kommando vom Berliner Schloß herunter, nämlich: „Heim ab zum Hebel!“ Und dann würden die Glocken läuten und im Gotteshaus würden die Grundstein für das Dritte Reich gelegt. Dann erzählte der Redner, wie er zum Nationalsozialismus gekommen sei. Er sei ein langjähriger, treues Mitglied des Bauernbundes gewesen, aber der Bauernbund sei heute nicht mehr, was er einst gewesen sei. Er habe eine Zeit nach dem Kriege gegeben, in der der Bauernbund einen ähnlichen Kampf geführt habe wie heute der Nationalsozialismus. Theodor Körner jung habe im „Schwäbischen Landmann“ einmal geschrieben: „Bauern, macht ein Hakenkreuz an eure Stalltüre, dann bleibt der Jude fern!“ Der Bauernbund sei in jener Zeit unermüdlich gewesen und so habe er auch die Früchte dieses Kampfes ernten dürfen. In großer Anzahl seien damals die Bauern in den Landtag eingezogen und hätten zwei Minister und den Landtagspräsidenten gestellt. Aber dann sei die parlamentarische Kraft beim Bauernbund eingetreten, und der Kampf sei eingestellt worden. Durch die Landtagswahlen seien die früheren Bauernkämpfer in den Schatz verfallen, und der Bauer auf dem Lande sei tiefer und tiefer ins Elend gesunken. Wenn es am Kreuz auf Golgatha geheissen hätte: „Abern hat er geholfen und kann sich selber nicht helfen“, so hätte es bei den Landtagsabgeordneten geheissen: „Sie können sie helfen, aber andern nicht.“ Die Folge sei gewesen, daß Zehntausende von Bauern zum Christlichen Volksdienst und zu den Nationalsozialisten übergeschwenkt seien. Und nun erzählte der Redner an Hand von Beispielen, wie er bei den Nationalsozialisten ihre Hilfsbereitschaft, ihren Opfermut und ihr Eintreten für die Landwirtschaft schätzen gelernt habe. So sei er — der Redner — nach langer, reißender Leberlegung an die Seite Hitlers getreten, um mit ihm für eine freie, deutsche Landwirtschaft zu kämpfen. Der Redner kam zum Schluß auch noch auf die Regierung von Papen zu sprechen. Bis jetzt sei von dessen Versprechungen nichts aber auch gar nichts eingetroffen. Im Gegenteil, die Preise für Milch und Vieh seien dauernd im Abwärtsgang, die Getreidepreise seien die niedrigsten seit 1924. Die Löhne seien die jetzt immer auf die Schultern des kleinen Mannes gelegt worden. Ja, man sei sogar soweit gegangen, daß man den Arbeitslosen auch das Salz zu ihrer Wollsuppe verneuert habe. Durch derartige Maßnahmen werde nur der Bolschewismus hochgezüchtet und damit werde neues Unglück über unser Volk gebracht. Besonders schlimm erginge es der Jugend,

die heute direkt vor dem Nichts stehe. Er wundere sich nur, daß es unter der Jugend nicht mehr Schwermütige gebe; aber was diese Jugend noch hochhalte, sei einzig und allein der Glaube an Adolf Hitler. Hitler sei sich der riesengroßen Verantwortung voll und ganz bewußt, und eben darum sei er nicht in die Regierung o. Papen eingetreten, er wisse, daß er seine Bewegung nur einmal einsehen könne und dann müsse es zum Wohle Deutschlands sein. Als Luftfahrtminister und Vizeminister aber könne er das Schicksal des deutschen Volkes nicht ändern. Wenn nun am nächsten Sonntag das deutsche Volk wieder wählen müsse, so sollte eigentlich die Entscheidung den Wählern nicht schwer fallen, da es sich nur noch zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus handle. Wer nicht wähle, helfe dem Bolschewismus in den Sattel. Wenn aber das Bibelwort nicht in Erfüllung gehen solle, daß das Blut bis an die Fäule der Pferde reichen werde, dann sei die Stimmabgabe ganz klar, nämlich nur für den Nationalsozialismus. Die Ausführungen des Redners, von Bauer zu Bauer gesprochen, machten tiefen Eindruck auf die Versammlungsbesucher. In ähnlichem Sinne sprach dann der Redner noch am gleichen Abend in Martinsmoos.

Ottensbrunn O. A. Calw, 3. Nov. Lehrerabschied. Anlässlich der Zurückberufung von Oberlehrer Wagner und seiner Ueberweisung nach Herrenberg veranlasste die Einwohnerschaft Ottensbrunn am Montagabend im Gasthaus zum Adler zu einer Abschiedsfeier. Bürgermeister Erlenmaier eröffnete die Abendfeier mit einer Ansprache, in welcher er der Verdienste des Jubilars, die dieser in 36jähriger ununterbrochener Lehrtätigkeit im Schulhaus wie durch sein Wirken in der Gemeinde überhaupt erworben, gedachte, und dem Jubililar den Dank der Schüler und der Gemeinde aussprach.

Glatten O. A. Freudenstadt, 3. Nov. Unfall. Am Freitag kam im Sägemehl des Friedrich Schillingers beim Ablagen von Langholz ein Klotz ins Rollen. Der mit dem Aufladen eines Rollers beschäftigte ledige Säger Fr. Schütter bemerkte es nicht rechtzeitig so daß ihm von dem rollenden Stamm der Fuß zweimal abgedrückt wurde. Der Verunglückte wurde sofort in das Bezirkskrankenhaus übergeführt.

Bürenmettlingen O. A. Sulz, 2. Nov. Tödlicher Unfall. Vorgefahrener Bortmattler fürte der bei Andreas Dölter bedienstete Knacht Johannes Kimmich von hier so unglücklich von der Bühne in die Scheune, daß er auf der Stelle tot war.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.
Samstag, 5. November:

8.00: Zellausgabe, Wetterbericht, Gemeinnütz. 8.30: Wetterbericht, Nachrichten.
7.00-7.30: Schallplatten, 10.00: Konzertschallplatten Arius Sänger, 11.00: Zellausgabe, Nachrichten, Wetterbericht, 12.30: Wetterbericht, 12.30: Vieh- und Schlachten, 12.40: Schallplatten, 13.15: Zellausgabe, Wetterbericht, Nachrichten, 13.30: Konzert, 14.30: Helmer Waldschmidt, 15.00: Vieh- und Schlachten, 15.30: Zellausgabe, 16.30: Red. Sitzer zum 50. Geburtstag, 16.30: Schallplatten, 17.00: Konzert, 18.15: Zellausgabe, Wetterbericht, Sportbericht, 18.30: Vortrag: Geschichte der Heilbesuchung, 18.50: Vortrag: „Wandlungen des deutschen Bauerns in den letzten Jahrhunderten“, 19.15: Zellausgabe, Wetterbericht, 19.30: Die großen Redner, 11. Demobilis. 20.00: „Schallplatten-Schau“, (Punkteabend.) 22.30: Zellausgabe, Wetterbericht, Nachrichten, 22.45-24.00: Radiomall.

Letzte Nachrichten

Zuchthaus für internationale Geldfälscherbande
Berlin, 3. Nov. Nach achtstündiger Verhandlung verurteilte die Strafkammer den russischen Kaufmann Mononoff wegen Münzverbrechens zu 3 Jahren Zuchthaus, den russischen Kunstmaler Wassiljewski zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und den Kaufmann Anatol-Udingoff zu 8 Monaten Gefängnis, der Kaufmann Van den erhielt ein Jahr Gefängnis.

Güterzug fährt in Arbeiterkolonne.
Hamburg, 3. Nov. Am Donnerstag nachmittag ereignete sich am Ende der Elbbrücken ein jäheres Unglück. Ein Güterzug, der sich auf der Fahrt von Harburg-Wilhelmsburg nach Hamburg befand, fuhr um 14.10 Uhr am Brückendamm in eine Arbeiterkolonne hinein. Drei Arbeiter wurden getötet, zwei schwer verletzt und mehrere leicht verletzt. Vier Krankenwagen sorgten für den Abtransport der Verletzten.

Die „Welt am Abend“ verboten.
Berlin, 3. Nov. Die der Kommunistischen Partei nachstehende „Welt am Abend“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten wegen ihrer Stellungnahme zum Verlehrsstreik bis zum 12. November verboten worden.

Auch die „Kote Jahne“ verboten.
Berlin, 3. Nov. Nach der „Welt am Abend“ hat der Polizeipräsident nun auch die „Kote Jahne“ bis zum 12. November wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetz und wegen vorbereiteter Handlung zum Hochverrat verboten.

Gertrud Bindernagel †
Berlin, 3. Nov. Die Opernsängerin Gertrud Bindernagel, die, wie erinnerlich, vor kurzem von ihrem Mann, dem Bankier Hinge, nach einer Aufführung in der Stadt Oper in Berlin durch einen Revolverstich schwer verletzt worden war, ist heute nachmittag um 2.30 Uhr an Embolie gestorben.

Handel und Verkehr

Berliner Pfandkurs, 3. Nov. 13,85 G., 13,80 B.
Berliner Dollarkurs, 3. Nov. 4,209 G., 4,217 B.
D. Abl.-Mtl. 50,75, ohne Ausl. 6,15.
Deutsches Postamt 3,875 v. A. kurz und lang.
Württ. Silberpreis, 3. Nov. Grundpreis 40,80 RM. d. R.

Märkte

Stuttgarter Schlachthausmarkt, 3. Nov. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthaus wurden zugetrieben: 4 Ochsen, 5 Kühe, 32 Jungbullen, 27 Rinder, 10 Rülbe, 202 Kälber, 438 Schweine, 3 Spanierel. Davon blieben unverkauft: 1 Ochse, 4 Jungbullen, 6 Rinder, 2 Rülbe. Verkauf des Marktes: Großvieh langsam; Kälber mäßig; Schweine mäßig; Ferkelschweine über Notiz.

Ochsen:		Kühe:	
ausgemästet	30-32	fleischig	12-15
vollfleischig	26-28	gering genährt	9-11
fleischig	22-24		
Bullen:		Schweine:	
ausgemästet	24-25	feinste Maß- und beste Gaughäber	37-40
vollfleischig	22-24	mittl. Maß- und gute Gaughäber	33-36
fleischig	20-21	geringe Kälber	30-32
Rinder:		Schweine:	
ausgemästet	31-35	über 300 Pfd.	47
vollfleischig	28-29	240-300 Pfd.	46-47
fleischig	21-24	200-240 Pfd.	45-47
gering genährt	—	160-200 Pfd.	43-44
		120-160 Pfd.	40-42
		unter 120 Pfd.	40-41
Rülbe:		Lamm:	
ausgemästet	22-26		31-36
vollfleischig	17-20		

Fruchtpreise, Biberach: Gerste 8,30-8,50, Haber 6-6,40. — Leutkirch: Gerste 8,30, Haber 6,50. — Mengen: Gerste 8. — Wangen i. N.: Haber 7-8, Gerste 8,50-9,50, Roggen 8,50-9,50, Weizen 10,50-11,50 RM.

Stuttgart a. St., 3. Nov. (Pferdemarkt). Zufuhr: 48 Pferde, darunter 29 Händlerpferde. Verkauf wurden 11 Pferde zum Preis von 120-1100 RM.

Stuttgarter Großmarkt, 3. Nov. Obst: Tomaten 30 S., vereinigt noch etwas mehr, im Kleinverkauf sogar bis zu 45 S. d. Pfd. Krautarten wie gewohnt, Rosenkohl 10-20 S. die Stange, 16-20 S. das Pfund Röschen, Spinat 10-15 S., Zwiebeln 6-7 S. d. Pfd., Kopf- und Erdbeeren 5-10 S. d. St. Obst: Äpfel 15-25, Birnen bis 30 S., Quitten 10-12, geringe 8, Walnüsse 25-35 S. d. Pfd. Ausländische Trauben 15-28 S. — Eier und Butter unverändert.

Stuttgarter Kartoffelgroßmarkt a. d. Leonhardsplatz, 3. Nov. Zufuhr 150 Ztr., Preis 2,70-3,00 RM. der Zentner.

Stuttgarter Filderkrautmarkt a. d. Leonhardsplatz, 3. Nov. Zufuhr 50 Ztr., Preis 2,50 RM. d. Ztr.

Stuttgarter Mostmarkt auf dem Wilhelmplatz, 3. Nov. Zufuhr 550 Ztr., Preis 5,50-5,80 RM. d. Ztr.

Das Wetter
Wäßlicher Hochdruck hat das Barometer zum Steigen gebracht. Bei Island liegt aber eine starke Depression. Für Samstag und Sonntag ist zwar zeitweilig aufheiterndes, aber immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Gestorbene: Friedrich Christ, Altveteran 1870/71, 84 J., Calw / Emma Kömpf, Calw.

Siehe die illustrierte Beilage „Feiertunden“

Warum Deutsche Volkspartei?

Tausend Beweise zeigen den neuen Aufstieg der D.V.P. an: Neue Beiräte, Opferwilligkeit der Mitglieder, Vertrauen in die Zukunft, der Wille und die Kraft, mit

HINDENBURG

alles an die Rettung Deutschlands zu setzen, getreu dem alten Wahlversprechen der Partei: „Das Vaterland über die Partei!“ Ueber 60 Jahre war die nationalliberale D.V.P. ein unentbehrlicher

Faktor der deutschen Geschichte!

Sie war: Partei der Reichsgründung und Bismarcks parlamentarischer Sekundant, Stresemanns Partei zur Befreiung der Rheinlande, seit Hindenburgs Wahl ist sie die einzige von allen Parteien, die stets treu zu ihm stand. Werbt für die

Liste 7 Deutsche Volkspartei

und führt ihr die Hunderttausende von Wählern und Wählerinnen zu, die zur Hindenburgfront stehen möchten, aber nicht deutschnational wählen wollen. Macht sie groß und stark, die Front

Deutschland u. Hindenburg!

Jede für Liste 7 abgegebene Stimme ist durch Listenverbindung gesichert

Nagold Zwangsversteigerung

Am Samstag, den 5. Nov. 1932, nachm. 13 Uhr verlaufe ich öffentlich meistbietend gegen bar: 1249

1 ältere Lederjacke.

Zusammenkunft beim Amtsgericht.

Gerichtsvollzieherstelle Nagold.

Kaufe heute und morgen beim alten Kirchturn

Lumpen und alte Schuhe

zu den höchsten Tagespreisen 1256

Weimert, Brondorf.

Gelegenheitskauf

2 prachtvolle Steppdecken, 2 Oberbetten, 2 Haupfel, 2 Kissen, alles ganz neu, rotbeerfarbig, mit bestem Inlett, Indonithen u. sehr guter Federfüllung, alles auf 110 M. sol. geg. bar zu verkaufen.

Schriftl. Angebote unt. Nr. 1254 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Anzeigen

für die Samstagnummer bitten wir frühzeitig, möglichst bis Freitag nachmittag aufzugeben.

Verlag d. „Gesellschafter“

Schwäbische Bürger!

1244

Deutschnationale und Nationalsozialisten haben aus Parteiinteresse die diesjährigen Wahlen erzwungen. Die Deutschnationalen werden durch die Ostjunker beherrscht, für deren Interesse der einzige württembergische deutschnationale Abgeordnete (Württ. Bürgerpartei) eintreten muß.

Die deutschnationale Leitung im Norden fordert offen wieder das Hohenzollernkaiserium.

Die Deutschnationalen haben durch ihre Zeitungen das unruhige Hitlerium großgezogen.

Die Nationalsozialisten entbüllten ihren marxistischen und bolschewistischen Sozialismus. Bei Abstimmungen gehen Sie mit den Kommunisten zusammen!

Die Naziabgeordneten sind nur Kummern, da sie abstimmen müssen, wie ihr Führer will.

Die Deutsche Volkspartei hat ihre Stellung aufgegeben, sie wird von der Großindustrie im Norden und Westen des Reiches beherrscht.

Im Norden Großbetriebe der Industrie und Landwirtschaft, im Süden dagegen mittlere bis kleinste Betriebe.

Rein Schwabe kann daher nach gründlicher Ueberdenkung obige Parteien wählen!

Die Württ. Demokratische Partei und die Staatspartei im Reich besteht nur aus Bürgern des Mittelstandes.

Die Führung der Staatspartei haben nun die süddeutschen Demokraten übernommen.

Ihr württembergischer Wirtschaftsminister Dr. Maier kämpft unbeskränkt mit großer Energie nur für den Mittelstand. Deshalb

Liste 8 Wählt Liste 8

Wirtschaftsminister Dr. Maier

den erprobten Kämpfer für Mittelstand, für nationale und soziale Demokratie!

Nichtwählen bedeutet Stimmabgabe für Kommunisten und Nationalsozialisten!

Ohne Schwächung der Radikalen keine Ruhe! Ohne Ruhe keine Geschäftsbelegung!

